

listischen Gesellschaft, von der Jugendweihe, vom Friedensdienst, von der Unmöglichkeit einer Mitgliedschaft in der SED usf. Diese und viele andere Punkte hatten nach Veröffentlichung des Papiers auch im Westen eine lebhaftere Reaktion ausgelöst. Auf dem Kongreß selbst räumte man immerhin ein, daß der Rücklauf der Fragen und Vorschläge aus den Gemeinden „weithin eine Bestätigung der Situationsschilderung ergeben“ habe. Vorsichtig wurde formuliert, „aus der Einsicht, daß der Christ in der Welt leben muß, aber nicht von dieser Welt ist“, hätten sich „Überlegungen zu dem von dem Vorpapier geforderten ‚realistischen Denken‘ der Kirche“ ergeben, um „den Gläubigen für ihre Situation die notwendigen religiösen Hilfen zu eröffnen“.

Schon vor zwei Jahren hatte der Görlitzer Weihbischof *B. Huhn* festgestellt, daß „die Sorge um die Frage der Grenzen und Möglichkeiten des christlichen Engagements in der sozialistischen Gesellschaft“ den Mittelpunkt zahlreicher Wünsche und Anregungen bildet und daß „sehr viele“ ein „klärendes Wort“ der Kirche zur Jugendweihe erwarten („Tag des Herrn“, 13. 11. 71). Wird es nun eine Synode geben, von deren Tagesordnung so bedrängende Anliegen ausgespart werden? Kann Kirche überhaupt auf eine Abklärung ihres Verhältnisses zur Politik, d. h. zu der politischen und sozialen Wirklichkeit, in der sie lebt, so schwierig das unter den konkreten Verhältnissen ist, verzichten? Die kommenden Monate werden über die Lösung dieser Frage Aufschluß geben.

Kurzinformationen

Der Entwurf einer unveröffentlichten Enzyklika über Rassismus und Antisemitismus unter Pius XI. wurde im Jesuiten-seminar von Woodstock im US-Bundesstaat New York aufgefunden. Dies berichtete die amerikanische katholische Wochenzeitung „National Catholic Reporter“ (15. 12. 72). Danach hat Pius XI. den amerikanischen Jesuiten *John La Farge*, damals Schriftleiter der Jesuitenzeitschrift „America“ im Juni 1938 mit der Abfassung eines Entwurfes beauftragt. Der Papst habe sich spontan für La Farge als Autor entschieden, als dieser ihm während einer Privataudienz eine eindrucksvolle Analyse des Rassenproblems in den USA, vor allem des Negerproblems, geboten hatte. La Farge setzte sich dann auf Anraten des damaligen Ordensgenerals, des polnischen Adligen *Wladimir Ledochowski*, mit dem deutschen Jesuiten und Sozialwissenschaftler *Gustav Gundlach* in Verbindung. Mit ihm zusammen wurde der Entwurf im Sommer 1938 in Paris im Laufe von zwei Monaten ausgearbeitet. Er trug den Titel „*Humani generis unitas*“. Im September des gleichen Jahres übergab ihn La Farge seinem Ordensgeneral. Aus den aufgefundenen Unterlagen (z. B. Briefwechsel Gundlach - La Farge) gehe hervor, daß Gundlach den starken Verdacht hegte, der Entwurf sei nie in die Hände Pius' XI. gelangt, da Ledochowski ihn nicht an den Papst weitergegeben habe. Dessen ausgeprägter Antikommunismus habe ihn gegenüber den Gefahren des Nationalsozialismus blind gemacht und seine Beurteilung der politischen Weltlage habe die Weitergabe des Briefes verhindert. Auf spätere Anfragen La Farges nach dem Schicksal des Entwurfs habe der Assistent des Generals für die USA geantwortet, dieser habe es an die „daran interessierte Person weitergereicht“. Nach Angaben des amerikanischen Jesuiten und Zeitgeschichtlers *Robert Graham*, der die vatikanische Politik während des Zweiten Weltkrieges untersucht hat, habe man im Nachlaß Pius' XI. jedoch ein Exemplar des Entwurfes gefunden. Eindeutige Klarheit kann wohl nur — wenn überhaupt — von einer eigenen Untersuchung erwartet werden. Inhaltlich stellt der Entwurf

einen scharfen Angriff auf jene totalitären Regierungen dar, welche eine neue auf der Nation, der Rasse und dem Proletariat gegründete Einheit der Völker schaffen wollten. Die Einleitung spielt offensichtlich auf Italien, Deutschland und die Sowjetunion an. Der Nationalsozialismus wurde in ihr als „Perversion des Geistes“ bezeichnet. Die Passagen über Rassismus und Antisemitismus stammten hauptsächlich aus der Feder von La Farge. Die Unterlagen zu diesen Informationen entdeckte der amerikanische Ex-Jesuit *Thomas Breslin*, der über ein Jahr lang in der Loyola University des Ordens Material für eine Biographie über La Farge für einen anderen Ordensbruder sammelte, die jedoch nie erschienen ist.

Eine Erklärung der Deutschen Bischofskonferenz zum Religionsunterricht wurde von dieser anlässlich ihrer Sonder-sitzung zur Vorbereitung der Synodentagung im Januar am 22./23. November 1972 in Königstein/Taunus verabschiedet. In der Erklärung, die frühere Verlautbarungen der Bischofskonferenz (vgl. HK, April 1971, 192) zusammenfassen und als *Richtschnur* für die Arbeit der zuständigen kirchlichen Kommission für die Ausarbeitung von Lernzielen (curriculum-Kommission) dienen soll, geht es den Bischöfen um eine möglichst klare und eindeutige Umschreibung dessen, was seitens der Kirche vom Religionsunterricht erwartet wird und was er leisten kann: Er mache, so heißt es in der Erklärung, „den Schülern deutlich, daß man die Welt im Glauben sehe und von daher seine Verantwortung in ihr begründen kann“. Dem gläubigen Schüler helfe der Religionsunterricht, „sich bewußter für diesen Glauben zu entscheiden und damit auch der Gefahr religiöser Unreife und Gleichgültigkeit zu entgehen“. Dem Suchenden und im Glauben angefochtenen Schüler biete er die Möglichkeit, „die Antworten der Kirche auf seine Fragen kennenzulernen und sich mit ihnen auseinanderzusetzen“. Die inhaltliche Zielrichtung wird in der Erklärung der Bischöfe in vier

Punkten umschrieben: 1. Der Religionsunterricht „weckt und reflektiert die Frage nach Gott, nach der Deutung der Welt, nach dem Sinn und Wert des Lebens und nach den Normen für das Handeln des Menschen“. 2. Er „ermöglicht eine Antwort aus der Offenbarung und aus dem Glauben der Kirche“. 3. Er „befähigt zu persönlicher Entscheidung und Auseinandersetzung mit den Konfessionen und Religionen, mit Weltanschauungen und Ideologien und fördert Verständnis und Toleranz gegenüber Entscheidungen anderer“. 4. Er „motiviert zu religiösem Leben und zu verantwortlichem Handeln in Kirche und Gesellschaft“. — Die Erklärung beschränkt sich auf die Nennung dieser Zielsetzungen, auf die besondere schulische Problematik und die personell-didaktischen Aspekte (vgl. unser Interview mit Prof. *Günter Stachel* im Dezember-Heft, S. 589) wird nicht eingegangen. Das Konzept eines glaubens- und zugleich problemorientierten Unterrichts wird durch die Erklärung bestätigt.

Ein gemeinsamer Appell der Kirchen an Bundestag und Bundesregierung zur Intensivierung der Entwicklungspolitik wurde am 7. Dezember in Bonn veröffentlicht. In dem an Bundeskanzler *Willy Brandt* adressierten Schreiben nehmen die Evangelische Arbeitsgemeinschaft Kirchlicher Entwicklungsdienst (AGKED) und der Katholische Arbeitskreis Entwicklung und Frieden (KAEP) Stellung zu sieben Schwerpunkten der Entwicklungspolitik in Form von Forderungen bzw. Anregungen. Der von Bischof *Hermann Kunst* für die evangelische und Bischof *Heinrich Tenhumberg* für die katholische Seite unterzeichnete Brief verweist auf die entwicklungspolitische Konzeption der Bundesrepublik Deutschland vom 11. 2. 1971, die „in der neuen Legislaturperiode in stärkerem Maße verwirklicht werden“ müsse. Die im einzelnen vorgetragenen Wünsche beginnen mit der Bitte um den Einsatz verstärkter Forschungskapazitäten für die Entwicklung konkreter Programme „zur Förderung der notwendigen Anpassung der Landwirtschaft und Umstrukturierung der Wirtschaft“ im Rahmen einer in die Gesamtpolitik integrierten Entwicklungspolitik. Außerdem sollten zusätzliche Maßnahmen zur weiteren Öffnung der Märkte für Produkte aus den Entwicklungsländern ergriffen werden, u. a. durch den Abschluß von Rohstoffabkommen. Im Bereich der Europäischen Gemeinschaften sollte die Bundesrepublik, aufbauend auf ihrem entwicklungspolitischen Konzept, auf eine entsprechende Initiative dieser Gemeinschaften drängen. Zudem müßten die öffentlichen Leistungen zur Entwicklungshilfe erheblich verstärkt werden. Die Berücksichtigung entsprechender Steigerungsraten in den mittel- und langfristigen Finanzplanungen und die Bereitstellung der Haushaltsmittel sollten Entwicklungshilfe unabhängig von Konjunkturschwankungen machen. Private Kapitalinvestitionen in Entwicklungsländern sollen nach Auffassung der beiden kirchlichen Arbeitsgemeinschaften „nur dann durch Steuererleichterungen oder Bundesbürgschaften“ gefördert werden, „wenn sie vor allem den Interessen der Entwicklungsländer entsprechen“. Im Schulunterricht wünschen die Autoren verstärkte Bemühungen um „eine realistische Darstellung der Dritten Welt, der Unterentwicklung und ihrer Ursachen sowie der politischen Konsequenzen und Hilfsmöglichkeiten zu ihrer Überwindung“. Schließlich wird zur Durchführung einer wirksamen Entwicklungspolitik die Zusammenfassung sämtlicher Zuständigkeiten der Entwicklungspolitik und der Entwicklungshilfe, also auch der Kapitalhilfe, in *einem* Entwicklungsmini-

sterium erwartet. Der Bundeskanzler wird gebeten, „dieses Votum bei der Gestaltung der künftigen Politik der Bundesrepublik Deutschland zu berücksichtigen“.

Ein Konflikt zwischen sechs Priestern und ihrem Bischof machte Ende November in Frankreich Schlagzeilen (vgl. *La Croix*, 24., 25. 11. und *Le Monde*, 25. 11. 72). Die Betroffenen waren der Erzbischof von Toulouse, *Louis Jean Guyot*, und die Priestergruppe der Pfarrei Croix-de-Pierre. Der Konflikt brach aus, weil der Chef vom Dienst dieser Priesterequipe, *Bernard Forestier* (29 Jahre), mit der Sozialarbeiterin der Pfarrei (24 Jahre) zusammenlebte und Forestier sich weder standesamtlich verheiratet noch um seine Laisierung in Rom nachsuchen wollte. Er wolle, so erklärte er, weiter Priester bleiben und als solcher wirken. Für den Erzbischof war diese Situation unannehmbar. Die von ihm ausgesprochene Entbindung Forestiers von seinen Amtsfunktionen beantwortete die Gruppe, indem sie — bis auf einen — den Erzbischof ebenfalls um Entlassung aus ihren Funktionen bat und praktisch die Arbeit einstellte. Lediglich ein Mitglied der Gruppe, ein Jesuit, unterzeichnete das Schreiben an Guyot nicht. Verschiedene Vermittlungsversuche in Gesprächen und Briefen führten zu keiner Einigung. In einem Kommuniqué wies die Gruppe den Vorwurf, Forestier und sie selbst hätten sich zum Apostel von „freien Verbindungen“ gemacht, entschieden zurück. Schuld an einer solchen Situation seien die kirchlichen Gesetze, die den Priester, der keine Berufung zur Ehelosigkeit habe, zwingen, „seine Liebe ohne Anerkennung zu leben“ und auf seine Laisierung oftmals mehrere Monate lang zu warten. Das Recht auf Ehe sei ein Grundrecht des Menschen, auch des Priesters. Eine Institution, und sei es die Kirche, welche dieses Recht durch die Zölibatspflicht beschneide, müsse sich den Vorwurf der Unterdrückung gefallen lassen und verliere das Recht, in Sachen Gerechtigkeit und Freiheit der Gesellschaft Lehren zu erteilen. Ihre Solidarisierung mit ihrem Priesterkollegen bezeichneten sie als „Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen“. Der Bischof ließ ebenfalls an die Gemeindeglieder nach dem Gottesdienst einen Text verteilen, in der er die Unannehmbarkeit der Situation Forestiers klarstellte. Den Vorwurf der Ungerechtigkeit und Unterdrückung wies er seinerseits zurück und bekräftigte die offizielle Position der Kirche in der Frage des Priesterzölibats. Zugleich erklärte er sich jederzeit Gesprächsbereit und offen für eine annehmbare Lösung. Er warnte vor einer Verurteilung dieser Priester und plädierte für Geduld und Wohlwollen. Die Gemeinde selbst war in ihrer Einstellung gespalten. Arbeiter plädierten zahlreicher für die Priester als Angehörige der Bildungsschichten. Nur eine Priestergruppe der Umgebung erklärte sich solidarisch. Toulouse gehörte in den letzten Jahren zu den Diözesen mit der niedrigsten Abgangsquote von Priestern.

Auf der Vollversammlung der Heiligen Synode der Hierarchie der orthodoxen Kirche Griechenlands vom 15. bis 30. November 1972 traten die schon seit längerem bekannten Spannungen unter den Metropoliten offen zutage (vgl. u. a. *La Croix*, 17., 22. 11. 72). Diese Spannungen bestehen zwischen dem Erzbischof von Athen und Primas von Griechenland, Hieronymus, (und ihm nahestehenden Metropoliten) und verschiedenen Gruppen von Bischöfen. Sie sind zum Teil persönlicher Natur, zum Teil beruhen sie auf sachlichen Meinungsverschiedenheiten in wichtigen Fragen der orthodoxen Kirche Griechen-

lands. Konfliktpunkte sind im wesentlichen die Frage des Verhältnisses der griechischen Kirche zu den anderen nichtorthodoxen Kirchen, vor allem zur römisch-katholischen, aber auch zu den protestantischen Kirchen, sowie das Verhältnis zur eigenen Regierung. Eine integralistische Minderheit der Metropoliten sieht in der ökumenischen Annäherung der griechischen Kirche an Rom und Genf, die vor allem von vielen Laien unter der Lehrerschaft und unter den Publizisten begrüßt wird, einen Verrat an der Tradition. Hieronymos selbst sucht hier eine mittlere Linie einzuhalten. Er ist Ökumeniker mehr aus dem Zwang der Verhältnisse heraus als aus nützlicher Neigung, stellt *Antoine Wenger* fest (vgl. *La Croix*, 5. 12. 72). Die gleiche Gruppe steht auch einer stärkeren Anpassung der Kirche an die heutigen Zeitverhältnisse vor allem auf sozialem und liturgischem Gebiet ablehnend gegenüber. Die stärkste Spannung unter den Bischöfen besteht in der Frage nach der Beziehung der Kirche zum Staat. Ministerpräsident *Papadopoulos*, der mit anderen Regierungsmitgliedern an der Eröffnung teilnahm, betonte in seiner Ansprache die engen jahrhundertalten Bande zwischen Kirche und griechischer Nation und erwähnte die von der Militärregierung der Kirche gewährte Budgethilfe und die durch die neue Verfassung vom Februar 1969 ermöglichte Selbstverwaltung der Kirche (vgl. *HK*, Mai 1969, 220—222). Gerade diese Verfassung habe, so halten die Gegner dem Primas entgegen, die Kirche dem Staat dienstbar gemacht, und zwar in zwei Punkten: 1. die Ernennung von Metropoliten wurde von der Zustimmung der Regierung abhängig gemacht und 2. die Kirchengerichte seien den nach dem Umsturz erlassenen staatlichen Gesetzen angeglichen worden. Zur Auseinandersetzung kam es darüber hinaus in zum Teil tumulthaften Sitzungen bei der Aufstellung der Kandidatenliste für die Neuwahl des Ständigen Heiligen Synods. Durch Bevorzugung ihm genehmer Kandidaten hatte Hieronymos den Protest mehrerer Metropoliten hervorgerufen. Seine Gegner setzten jedoch einen Beschluß der Heiligen Synode durch, wonach eine Sonderkommission eine Revision des Regierungsdekrets 126 erwirken solle, das den Wahlmodus für den Ständigen Synod regelt, da dieser den kanonischen Vorschriften nicht entspreche.

Die lateinamerikanische Bischofskonferenz (CELAM) hielt in Sucre (Bolivien) vom 15. bis 23. November ihre vierte Generalversammlung ab. Detaillierte Ergebnisse dieser Versammlung, deren Aufgabe die Rückbesinnung auf die Aktivitäten der vergangenen vier Jahre und die kritische Reflexion über die auf

der 2. Generalversammlung in Medellín (1968) formulierten Richtlinien für eine nachkonziliare Neuorientierung der lateinamerikanischen Kirche sein sollten, sind zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht bekannt, da das Ende der Versammlung mit der Ausrufung des Ausnahmezustandes in Bolivien zusammengefallen war. Bekannt wurden jedoch Einzelheiten über die wichtigsten administrativen Veränderungen innerhalb des CELAM. Der brasilianische Erzbischof Dom Avelar *Brandão Vilela* von Teresina, der seit 1968 als Präsident an der Spitze des CELAM gestanden hatte, wurde durch den bisherigen Generalsekretär des CELAM, Bischof *Eduardo Pironio* von Mar del Plata (Argentinien), abgelöst. Zu neuen Vizepräsidenten wurden die Bischöfe *Aloisio Lorscheider* von Santo Angelo (Brasilien) und *Luis Manresa* von Quezaltenango (Guatemala) gewählt. Neuer Generalsekretär dagegen wurde ein junger kolumbianischer Pastoralsoziologe, Weihbischof *Alfonso López* (Bogotá) (NC, 30. 11. 1972). Eine der wesentlichen Veränderungen besteht in der verstärkten Autoritätsstellung und Entscheidungsbefugnis des CELAM-Präsidenten bei gleichzeitiger Verkürzung der Amtszeit von drei auf zwei Jahre sowie in der Zusammenlegung einzelner Institute und Kommissionen. Hinzu kommt der Entschluß zur Selbstfinanzierung des CELAM durch die nationalen Bischofskonferenzen Lateinamerikas und der Plan, das gegenwärtige Budget von 700 000 Dollar bis zum Jahr 1976 auf 500 000 Dollar zu reduzieren.

Bisher wurden die Projekte und Einzelorganisationen des CELAM nahezu ausschließlich durch den Vatikan, die bischöfliche Aktion ADVENIAT und die Catholic Conference der USA getragen. Eine heftige Diskussion löste der Auftrag der CELAM-Führung aus, eine Geschichte der Kirche in Lateinamerika unter klarer Beachtung des sozialgeschichtlichen Hintergrundes zu schreiben. So verweigerte die kirchengeschichtliche Kommission Kolumbiens mit dem Vorwurf linker, marxismusanfälliger Tendenzen die Mitarbeit. Die pastoralen Programme des CELAM, die auf den Dienst an den Armen ausgerichtet waren, waren von inner- und außerkirchlichen konservativen Gruppen in letzter Zeit oft als „marxistisch inspiriert“ angegriffen worden. Gegen diese Angriffe und Verdächtigungen setzten sich die Teilnehmer der Versammlung in Sucre in einem kurzen Statement zur Wehr. Bischof *Pironio* erklärte in einer Pressekonferenz, der CELAM habe die volle Unterstützung des Papstes, wie aus dessen Brief an die Versammlung hervorgehe, und zudem seien die Ergebnisse der bisherigen Arbeit des CELAM der beste Beweis gegen solche Anschuldigungen (NC. a. a. O.).

Bücher

JOSEF BLANK, *Jesus von Nazaret. Geschichte und Relevanz.* Herder 1972. 152 S., 14,80 DM.

Bei der Häufung von oft nicht kompetenten Jesus-Büchern, die ein erfreuliches Leserinteresse verraten, ist es zu begrüßen,

daß die Folge „Theologisches Seminar“ drei neuere Abhandlungen zusammenfaßt, die nur einem begrenzten Publikum bekannt wurden (Quellennachweis S. 151). Sie verdienen weite Verbreitung bei Religionslehrern und in der Erwachsenenbildung, um verwirrenden Meinungen über Jesus zu begegnen.